

C-Modul:

32661

Stabilitätspolitik

Liebe Studierende,

die vorliegende "Leseprobe" soll Ihnen einen Einblick in das Modul „**32661 Stabilitätspolitik**“ ermöglichen.

Das **C-Modul „32661 Stabilitätspolitik (6SWS)“** besteht aus den folgenden Kursen:

42170 Stabilitätspolitik (5 SWS)

Kurseinheit 1 Stabilitätspolitik

42171 Problemfelder der Makroökonomik (1 SWS) / Dateikurs und Studienbrief

Kurseinheit 1 Problemfelder der Makroökonomik

Die folgenden Seiten sind dem Kurs „**42170 Stabilitätspolitik**“ entnommen.

Zur Frage der Notwendigkeit von Stabilitätspolitik

Problemübersicht

Die beiden Fragen (1) Brauchen wir eine Stabilitätspolitik? und (2) wenn ja, welche? dürften heute die Makroökonomien am meisten entzweien. Die erste Frage wird auf viele Leser wie eine rhetorische Frage wirken. Ist denn die Tatsache von Arbeitslosenraten von weit über fünf Prozent und von andauernden Inflationstendenzen nicht allein Grund genug, eine Stabilitätspolitik als notwendig anzusehen?

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, ist jedoch selbst die erste Frage gar nicht so einfach zu beantworten. Es ist insbesondere zu unterscheiden zwischen der Zielsetzung einer „Mengenstabilität“ und der einer „Preisniveaustabilität“. Wir betrachten im ersten Abschnitt dieses Kapitels das ökonomische System als Teil eines umfassenden Gesamtsystems und leiten hieraus die notwendigen Bedingungen für die Anwendung von Stabilitätspolitik ab. Im Anschluss daran werden in einem chronologisch-systematischen Überblick **Theorien** dargestellt, die eine Instabilität des ökonomischen Systems zu begründen oder aber zu widerlegen versuchen.

Mengenstabilität

Der „makroökonomische Konsens“ seit den 80er Jahren – dargestellt im

Rahmen eines systemtheoretischen Ansatzes

Man kann, auf einer hoch aggregierten Betrachtungsebene, drei gesellschaftliche Subsysteme unterscheiden, die füreinander bestimmte Leistungen vollbringen. Die drei Subsysteme sind

- **das ökonomische System** (das private System von Arbeit, Produktion und Verteilung)
- **das politisch-administrative System** (Regierungssystem, System sozialstaatlicher Leistungen, Bürokratie)
- **das soziokulturelle oder normative System** (Rechtssystem, Forschung und Wissenschaft, Motivation, Tradition).

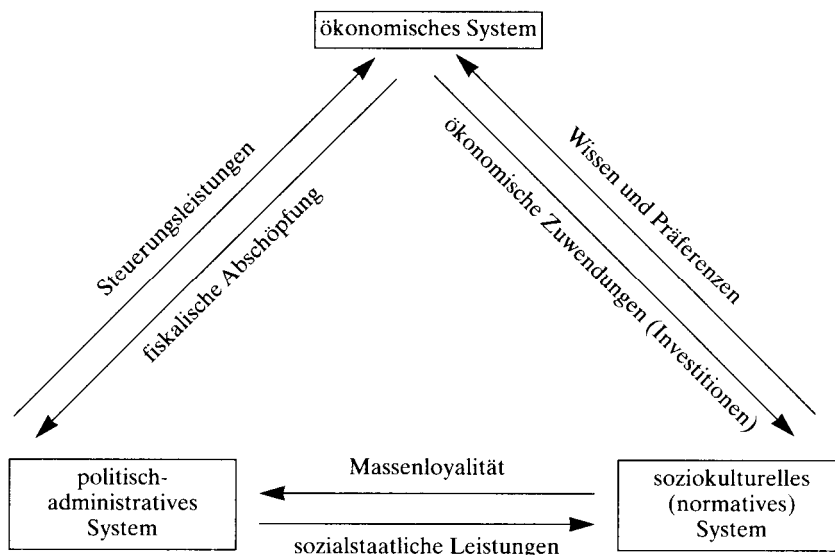
Die Beziehungen zwischen einzelnen Subsystemen können in einer Art Input-Output-Modell formuliert werden.

Ökonomische Ungleichgewichte und damit eine augenscheinliche Instabilität im ökonomischen System beruhen auf zweierlei Grundlagen:

- (a) einmal auf unerwarteten Änderungen in den außerökonomischen Subsystemen
- (b) zum anderen auf Preisinflexibilitäten innerhalb des ökonomischen Systems.

Beispiele für Veränderungen in den außerökonomischen Subsystemen (a) sind

- im politisch-administrativen System: ein Regierungswechsel und eine damit verbundene Änderung des „Politikregimes“, und
- im soziokulturellen System: Präferenzänderungen oder technische Entwicklungen.



Figur 1

Wenn die Veränderungen überraschend auftreten, redet man üblicherweise von „Schocks“, in den obigen Fällen einerseits von Politikshocks, andererseits von Präferenzshocks und Produktivitäts- oder Technologieshocks.

Nun besitzt das markt-ökonomische System einen systemendogenen **Stabilisierungsmechanismus**, der Ungleichgewichte, die auf Veränderungen des beschriebenen Art beruhen, auszugleichen vermag. Dieser Stabilisierungsmechanismus läuft über Preisanpassungen und wird deshalb **Preismechanismus** genannt. Insbesondere herrscht in der **mainstream-Makroökonomie** – zu der sowohl die Chicago-Schule wie auch die MIT-Schule als die beiden Gegenpole der hauptsächlich angelsächsisch dominierten mainstream-Makroökonomie zählen – heute ein **Meinungskonsens** derart vor, dass auftretende Ungleichgewichte im ökonomischen System höchstens kurz- bis mittelfristiger Art sein können. (Als „kurzfristig“ bezeichne ich hier die Dauer von einer Periode, als „mittelfristig“ die Dauer von zwei oder mehreren (endlich vielen) Perioden. „Langfristige Ungleichgewichte“ würde dagegen im Sprachgebrauch dieses Buches bedeuten, dass die Ungleichgewichte „dauerhaft“ wären. Man spricht in letzterem Fall dann auch von

„Unterbeschäftigungsgleichgewichten“ oder, im Falle einer laufenden Verstärkung eines Ungleichgewichts, von einem „explodierenden Entwicklungspfad“.)

Wenn die unter (a) aufgeführten Veränderungen voraussehbar sind, entstehen nach diesem Meinungskonsens überhaupt keine Ungleichgewichte im ökonomischen System. Die Wirtschaftssubjekte passen sich dann nämlich mit ihren Konsum- und Produktionsentscheidungen so an die vorauszusehenden Veränderungen der Umwelt an, dass diese in ihrer Wirkung neutralisiert werden. Sofern sich die Umweltänderungen als Präferenzänderungen oder als Technologieänderungen ausdrücken, schlagen sich die Anpassungshandlungen der Wirtschaftssubjekte sehr wohl in Output- und Beschäftigungsfluktuationen nieder, **obwohl** – aufgrund eben dieser Anpassungshandlungen – keine Ungleichgewichte auftreten.

Das gleiche gilt, wenn die Veränderungen geldpolitischer Natur sind und gleichzeitig Informationsbeschränkungen vorliegen. Auch dann können Konjunkturschwankungen entstehen, ohne dass jemals Ungleichgewichte im Sinne von Angebots- oder Nachfrageüberhängen auftreten. Theorien, die Konjunkturschwankungen durch solche Phänomene zu erklären versuchen, werden als Gleichgewichtstheorien des Konjunkturverlaufs bezeichnet. [Hauptvertreter dieser Theorierichtung entstammen der neueren Chicago-Schule um Robert E. Lucas. Siehe hierzu näher im Abschnitt B.I.3.] Konjunkturschwankungen sind nach dieser Theorie das Ergebnis nutzenoptimierender Reaktionen der Wirtschaftssubjekte – transformiert über den Preismechanismus –, die durch Veränderungen im außerökonomischen Systembereich ausgelöst worden sind. Politische Versuche die realen Outputfluktuationen zu verringern („Mengen-Stabilitätspolitik“), würden in diesem Fall die nutzenoptimierenden Anpassungsprozesse der privaten Wirtschaftssubjekte nur behindern und somit zu schlechteren Ergebnissen führen als eine Politik, die den marktendogenen Anpassungsprozessen freien Lauf lässt.

Die Quintessenz hieraus ist, dass die Erfahrung von Konjunkturschwankungen für sich allein noch kein hinreichender Indikator für Ungleichgewichts- oder Instabilitätsbehauptungen darstellt. Anders gesagt, können Konjunkturschwankungen von realen Größen an sich noch nicht den Ruf nach einer politischen Stabilisierung oder Glättung dieser Fluktuationen begründen.

Voraussetzungen für das Vorliegen von Mengeninstabilität

Staatliche Stabilisierungsmaßnahmen können entsprechend des erwähnten Meinungskonsens in der heutigen mainstream-Makroökonomie den Nutzen der Wirtschaftssubjekte, wenn überhaupt, nur dann steigern, wenn der Preismechanismus nicht genügend funktioniert, d.h. wenn Preise und Löhne auf den einzelnen Märkten nicht hinreichend flexibel sind. Doch warum soll der Preismechanismus nicht funktionieren? Es ist schwer, die Ursache hierfür im ökonomischen System selbst zu finden, doch nur dann könnte man streng genommen von einer endogenen Instabilität des ökonomischen Systems sprechen.

Wenn die Ursache für **Preis-** und **Lohninflexibilitäten** dagegen im außerökonomischen Bereich, d.h. in Stabilitätseigenschaften anderer Subsysteme gesucht werden – z.B. in traditionellen Gerechtigkeitsnormen –, müsste man die Betrachtungsweise ausdehnen auf eine Instabilitätsanalyse des Gesamtsystems. Im Mittelpunkt einer solchen Betrachtung stünde dann die mögliche Unvereinbarkeit der Stabilitätseigenschaften der Subsysteme der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur. Die Folgerung aus einer solchen Unvereinbarkeit wäre dann die einer endogenen Instabilität des Gesellschaftssystems als Ganzes. Letzteres würde nun nicht unbedingt die Forderung nach Änderung des Gesellschaftssystems, d.h. nach Ersetzen eines oder gar mehrerer Subsysteme, nach sich ziehen müssen, solange keine bessere Alternative sichtbar ist. Ein solches instabiles Gesellschaftssystem kann dann immer noch optimal sein im Sinne des second-best Kriteriums. Es würde hieraus nicht einmal eine andere optimale Stabilitätspolitik folgen müssen als im Stabilitätsfall, wie in den folgenden Abschnitten gezeigt werden wird. Es müssen nämlich auch **Kosten einer Stabilitätspolitik** miteinbezogen werden. In der politischen Praxis jedoch dürfte ein solcher Nachweis einer Unvereinbarkeit der Stabilitätseigenschaften der gesellschaftlichen Subsysteme bedeutende Konsequenzen für die konkrete Gestaltung von Stabilitätspolitik haben. So könnte durch einen solchen Nachweis die allgegenwärtige Behauptung „freiwilliger Arbeitslosigkeit“, die häufig als politische Rechtfertigung für die Enthaltensamkeit gegenüber aktiver Stabilitätspolitik gebraucht wird, widerlegt werden.

Die Wohlfahrtskosten von Mengeninstabilität

Die (ökonomischen) Kosten einer Mengeninstabilität werden in der herkömmlichen keynesianischen Theorie der Stabilisierungspolitik gemessen durch den **Outputverlust**, d.h. die Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Vergleichsstandard eines trendmäßigen Vollbeschäftigungsoutputs. Bei Outputschwankungen ist dies relativ einfach zu ermitteln. Bei

Beschäftigungsschwankungen dagegen arbeitet man gewöhnlicherweise mit dem sogenannten **Okun'schen** Gesetz. Okun [1962] stellte fest, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt zu mit einer Senkung des Outputs um etwa 3 Prozent einhergeht¹. Letzteres gilt jedoch nur für konjunkturelle Schwankungen, und nur bei Abweichungen von der Gleichgewichtsrate auf dem Arbeitsmarkt. Neuere Schätzungen gehen von einem Wert von mindestens 2 Prozent aus.²

Nun gibt es jedoch eine schon erwähnte neuere Theorierichtung, die die Konjunkturschwankungen, also (auch) Output- und Beschäftigungsschwankungen als Gleichgewichtsschwankungen ansieht. Nach ihrer Ansicht sind alle Märkte laufend geräumt. Die Konjunkturschwankungen selbst werden zurückgeführt auf vorübergehende Informationsmängel und daher falsche, jedoch bei den gegebenen Informationen optimale Anpassungen der Individuen an Preissignale; oder sie werden interpretiert als optimale Reaktionen der Individuen auf Unsicherheit bezüglich der Rate des technischen Fortschritts. [Siehe hierzu im Abschnitt B.I.3.] Beschäftigungsschwankungen sind dann Schwankungen der gleichgewichtigen oder „natürlichen“ Beschäftigungsrate auf dem Arbeitsmarkt. Es kann dementsprechend keine „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit geben. Folglich gibt es nach dieser Theorierichtung auch keine Veranlassung, Stabilisierungspolitik zu betreiben. Beschäftigungsschwankungen werden als die Folgen nutzenmaximierender intertemporaler Substitution von Arbeit gegen Freizeit oder gegen Suchzeit nach neuen Arbeitsstellen betrachtet³. Arbeitslosigkeit wird, wenn überhaupt eine Wertung erfolgt, als „freiwillig“ angesehen. Doch wird die Unterscheidung zwischen ‚unfreiwilliger‘ und ‚freiwilliger‘ Arbeitslosigkeit in dieser Theorierichtung zunehmend als unsinnig betrachtet, da empirisch nicht entschieden werden könne, ob jemand freiwillig arbeitslos ist.

Nun gibt es jedoch eine Reihe von erhärteten empirischen Fakten, die bislang nicht vereinbar sind mit der Interpretation, dass Beschäftigungsschwankungen auf der intertemporalen Substitution von Arbeit gegen Freizeit oder gegen Suchzeit nach neuen Arbeitsstellen beruht. Einige davon sind unten im Abschnitt B.I.3. aufgeführt⁴. Angesichts dessen und aufgrund anderer Ungleichgewichtsphänomene [siehe hierzu im folgenden Teil B] erscheint es sinnvoll, an der traditionellen These einer tendenziellen Instabilität festzuhalten

¹ Siehe hierzu Okun [1962].

² Siehe z.B. Freeman [2000] und Moosa [1997].

³ Siehe Lucas [1987].

⁴ Siehe hierzu auch Tobin [1980] und Blinder [1987]. Siehe auch Bean [1994].

und folglich die These einer grundsätzlichen Überflüssigkeit von (Mengen-)Stabilitätspolitik abzulehnen⁵.

Auch erscheint es angebracht, angesichts der individuellen Betroffenheit von Arbeitslosen – und dazu zählen nicht nur die ökonomischen, sondern auch die in der Einleitung erwähnten sozialen und psychischen Kosten von Arbeitslosigkeit – und der häufigen Erfolglosigkeit **individueller** Anstrengungen der Arbeitsplatzsuche, den Begriff „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit nicht aufzugeben.

Preisniveaustabilität

Im Gegensatz zur Mengestabilität besteht Konsens in der mainstream-Makroökonomie darüber, dass eine Preisniveaustabilität erstens erwünscht ist und zweitens unbedingt einer stabilitätspolitischen Absicherung bedarf.

Die Kosten von Preisniveaustabilität

Preisschwankungen sind Ausdruck und Voraussetzung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Dies drückt sich aus im Begriff des **Preismechanismus** der den einer Marktwirtschaft inhärenten Stabilisierungsmechanismus beschreibt. Die Funktion von Preisschwankungen besteht in der Vermeidung oder Überwindung von Angebots- und Nachfrageüberhängen, die ansonsten bei Änderungen von Angebots- oder Nachfragebedingungen auftreten würden. Außerdem signalisieren **relative** Preisänderungen den Investoren Knappheitsänderungen auf den jeweiligen Märkten und dienen somit als wichtige Informationsträger.

Diese positive Funktionsbeschreibung lässt sich jedoch nicht auf Preisniveauschwankungen übertragen. Das Preisniveau ist ja ein künstlicher statistischer Index, der, wenn er die gesamte Güterpalette in der Volkswirtschaft umfasst und richtig gewichtet ist, nicht steigen dürfte, solange die Zunahme der Geldversorgung in einer Volkswirtschaft der Wachstumsrate des realen Sozialprodukts entspricht.

[Entsprechend der sogenannten **Quantitätsgleichung** gilt die Identität $MV \equiv PY$, wobei M die nominale Geldmenge, V die Geldumlaufgeschwindigkeit, P das Preisniveau und Y das reale Sozialprodukt bezeichnet. Umgestellt kann man auch schreiben $P \equiv (MV)/Y$ oder in Wachstumsraten ausgedrückt $\hat{P} \equiv (\hat{M}/\hat{V}) - \hat{Y}$, wobei das „^“ hier die jeweilige Wachstumsrate

⁵ Vgl. hierzu – als eine theoretische Fundierung – auch Vogt [1995].

kennzeichnet. \hat{P} gibt hier die Preisniveauschwankungen wider, (M/\hat{V}) die Zunahme der Geldversorgung und \hat{Y} die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts.]

Angesichts der „Künstlichkeit“ von Preisindizes, der unvollkommenen Verlässlichkeit der unterstellten Gewichtungsfaktoren und der Beschränktheit der einbezogenen Güterpalette sind geringe Schwankungen des Preisniveaus allerdings nicht zu vermeiden und auch als ein unbedenklicher statistischer Störfaktor hinzunehmen. Dagegen sind große Schwankungen oder stetige Erhöhungen oder Senkungen des Preisniveaus als problematisch anzusehen. Die ökonomische Begründung der Problematik von Preisniveauschwankungen ist jedoch weniger fundiert und deswegen umstrittener als beispielsweise die ökonomische Begründung der Kosten von Arbeitslosigkeit.

In der allgemeinen Gleichgewichtstheorie vom Walras-Arrow-Debreu-Typ sind Preisniveauschwankungen wie auch Inflation bekanntlich neutral. Änderungen der Geldmenge und darüber ausgelöste Preisniveauschwankungen beeinflussen die realen Variablen (die Gleichgewichtsallokation) nicht. Dies wurde wohl in den sog. neoklassischen monetären Wachstumsmodellen der 60er und 70er Jahre, die Geld auch in seiner Rolle als Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel in die traditionelle neoklassische Wachstumstheorie einbauten, kontrovers diskutiert. [...]

Auch in der Analyse der sogenannten **Wohlfahrtskosten der Inflation** sind die bisherigen Ergebnisse nicht einheitlich. Wohl werden in der traditionellen Analyse⁶ **negative** Wohlfahrtseffekte von Inflation abgeleitet. Diese werden darüber begründet, dass Geldhaltung nicht verzinst wird und es folglich bei Inflation zu unproduktiver oder ineffizienter Ressourcenverwendung im Zuge der Ökonomisierung der Geldhaltung (Portfolioumschichtung) kommt⁷. Spätere Analysen deuten allerdings auch auf die Möglichkeit positiver Wohlfahrtseffekte von (geringer) Inflation hin⁸.

Bedeutsamer als diese uneinheitlichen wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse ist für die Politiker, dass die Bevölkerung Preisniveauschwankungen und insbesondere Inflation augenscheinlich ablehnt. Eine solche

⁶ Siehe Bailey [1956] und die jüngere Darstellung von Fischer [1995a].

⁷ Hieraus wurde auch abgeleitet, dass die optimale (erwartete) Inflationsrate negativ und gleich minus dem Realzins ist. Siehe Friedman [1969] sowie Chari, Christiano und Kehoe [1996]. Dies impliziert, dass der Nominalzins auf Null gedrückt werden sollte.

⁸ Vgl. z.B. Danziger [1988]. Danziger geht dabei von einem Modell mit monopolistischen Firmen aus, die unterschiedliche Produkte produzieren und fixen Kosten der Preisanpassung unterliegen. Entscheidend für Danziger's Ergebnis ist, dass solche Firmen selbst bei vollkommen antizipierter Inflation nicht kontinuierlich ihre nominellen Preise erhöhen. Siehe näher zum Preisverhalten bei Kosten der Preisanpassung in Abschnitt B.II.4.2.2 in diesem Kapitel. Vgl. dagegen Ball und Romer [1993] sowie Feldstein [1996].

Ablehnung ist, mit unterschiedlichem Intensitätsgrad, in fast allen industrialisierten Ländern nachgewiesen worden⁹. In der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel ist die Abneigung gegen Inflation besonders stark. Eine solche starke Abneigung wird von vielen Ökonomen als Rätsel angesehen¹⁰. Nichtsdestoweniger ist sie vorhanden und ist von Politikern, die wiedergewählt werden wollen, zu berücksichtigen. Zudem basiert diese Abneigung sehr wohl auf einem realen Hintergrund, nämlich auf den überlieferten Erfahrungen mit früheren Hyperinflationen. Auch kann man theoretisch und empirisch sowohl asymmetrische Verteilungseffekte aufgrund unvollkommener Indexierung bei Inflation, als auch Verunsicherungen von Investoren aufgrund von inflationsbedingter Informations“verschmutzung“ von Preissignalen, sowie Produktivitätsverluste aufgrund u.a. einer Zunahme von Spekulationstätigkeit bei Inflation sowie der verstärkten Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen nachweisen. Die Intensität der Effekte ist dabei unterschiedlich und abhängig von der Inflationshöhe, der Marktstruktur und der Form der Erwartungsbildung¹¹.

Am besten erforscht sind die **Verteilungseffekte** von Inflation¹². Sie sind auch am bekanntesten und von daher zentraler Hintergrund der Inflationsabneigung in der Öffentlichkeit. Der zentrale Verteilungseffekt bei unvollkommen antizipierter Inflation besteht darin, dass sich der Realwert von nominalfixierten Vermögensanlagen, z.B. von Geldvermögen oder festverzinslichen Wertpapieren, ändert. Wohl heben sich die daraus entstehenden Umverteilungsgewinne und -verluste gesamtwirtschaftlich auf. Jedoch kommt es zu individuellen und sektoralen sowie auch internationalen Vermögensumverteilungen. Sektorale Umverteilungen gehen insbesondere zu Lasten der Haushalte, da diese die hauptsächlichsten Nettogläubiger von nominalfixierten Vermögensanlagen sind. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass viele Individuen sowohl Gläubiger als auch Schuldner von nominalfixierten Vermögensanlagen sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn jemand als Haushaltsmitglied Nettogläubiger, gleichzeitig aber als Aktienbesitzer Nettoschuldner ist. Unter den (Netto-)Verlierern waren früher überproportional stark die Empfänger von Transfereinkommen, wie Sozialhilfeempfänger oder Rentner, vertreten.

⁹ Siehe Fischer und Huizinga [1982], Hibbs [1987] sowie Shiller [1996].

¹⁰ Vgl. z.B. Thurow [1981].

¹¹ Siehe hierzu Wagner [1983, 1985b, 1987c]. Vgl. zu neueren Analysen der Inflationskosten z.B. Driffill, Mizon und Ulph [1990], Orphanides und Solow [1990], Tommasi [1994, 1999], Chadha, Haldane und Janssen [1998], English [1999] und Lucas [2000].

¹² Siehe hierzu z.B. Mückl und Hauser [1975], Streißler u.a. [1976] und Fricke [1981]. Vgl. auch Cassidy [1991], Buliř [2001].